

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen!

in der aktuellen politischen Arbeit stehen Fragen und Probleme auf dem Arbeitsmarkt und der Zukunftssicherung unserer Finanz- und Sozialsysteme zurecht im Mittelpunkt.

Doch die Entwicklung in Afghanistan, der Terrorismus, Piraterie, das Verhältnis NATO - Russland, Initiativen zur Abrüstung, die Herausforderungen auf dem Gebiet der Energie- und der IT-Sicherheit machen deutlich, dass auch die Sicherheitspolitik unverändert einen hohen Stellenwert in der politischen Arbeit haben muss.

Das Thema **Die NATO – Bilanz und Perspektiven** stand im Mittelpunkt bei den von der Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses **Ulrike Merten MdB** eingerichteten **Petersberger Gesprächen zur Sicherheit**, die am 14. März 2009, zum fünften Mal auf dem Petersberg in Königsinter mit mehr als 400 Gästen stattfanden. Darunter befand sich eine große Zahl profilierte Sicherheitspolitiker, so dass sich im Anschluss an die hervorragenden Vorträge der hochrangigen Referenten eine Diskussion auf hohem Niveau entwickelte. Den Vortrag von **Bernard de Montferrand**, Botschafter der Französischen Republik in Berlin, der die Gründe und Ziele der Rückkehr Frankreichs in die militärische Organisation der NATO anschaulich begründete, finden Sie in dieser Newsletter-Ausgabe.

Außenminister und SPD-Kanzlerkandidat Steinmeier hat wiederholt erklärt, dass er die Abrüstungspolitik als eine der zentralen Zukunftsaufgaben sieht. Er fordert, "Abrüstung und Rüstungskontrolle wieder zum zentralen Thema der internationalen Agenda zu machen". Der amerikanische Präsident Obama hat in Prag kürzlich angekündigt, eine Welt ohne Atomwaffen zu schaffen und den



Atomteststopp-Vertrag bald zu ratifizieren, und er hat mit Russland die Aufnahme von Verhandlungen vereinbart. Diese Entwicklungen geben zu großer Zuversicht Anlass. Der Bundestagsabgeordnete **Rolf Mützenich** (Foto), Sprecher für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung in der SPD -Bundestagsfraktion stellt in seinem Beitrag die Notwendigkeit und Chancen für einen Neubeginn der Abrüstung und Rüstungskontrolle vor.



Weiterhin finden Sie einen Artikel der Verteidigungsausschussvorsitzenden **Ulrike Merten MdB** (Foto) zu wichtigen Fragen der Attraktivitätssteigerung des Dienstes in den Streitkräften.

Die neuen Herausforderungen und Risiken für unsere Sicherheit bedrohen aber nicht nur die äußere Sicherheit, sondern in gleichem Umfang auch die innere Sicherheit eines jeden Landes. Hierzu finden Sie einen Beitrag des Präsidenten des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), **Christoph Unger** zum Thema.

Eine informative Lektüre wünscht

Hans – Joachim Schaprian

Inhalt

Vorwort	1
5. Petersberger Gespräche zur Sicherheit	2
Die Entwicklungsperspektiven der Nato aus französischer Sicht	2
AUSSEN: Abrüstung	5
VERTEIDIGUNG: Attraktivität der Bundeswehr	8
INNERES: Bevölkerungsschutz	11
Termine	14

Juni 2009

Petersberger Gespräche zur Sicherheit



Die Nato – Bilanz und Perspektiven

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
ich begrüße Sie herzlichst zu den

5. Petersberger Gesprächen zur Sicherheit,

die dieses Jahr unter dem Thema.

Die NATO – Bilanz und Perspektiven

stehen.

Gestatten sie mir, dass ich einige Gäste persönlich begrüße.

Ein herzliches Willkommen den Damen und Herren, die sich heute für Vortrag und Diskussion zur Verfügung gestellt haben.

So begrüße ich:

- **Bernard de Montferrand**, Botschafter der Französischen Republik,
- **E. Pohl**, Stellvertretender Politischer Direktor, Auswärtiges Amt,
- **Staatssekretär Rüdiger Wolf**, Bundesministerium der Verteidigung,
- **Generalleutnant Jürgen Bornemann**, Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, EU, WEU,
- **Ulrich Kirsch**, Bundesvorsitzender des Deutschen Bundeswehrverbandes
- **Friedrich Lürßen**, Vorsitzender des Ausschusses Verteidigungswirtschaft im BDI,

(Es folgt die Begrüßung weiterer prominenter Gäste)

Ich freue mich auf eine interessante Veranstaltung und auch in diesem Jahr wieder auf anregende **Gespräche**.

(Auszug aus der Begrüßung der Verteidigungsausschussvorsitzenden Ulrike Merten MdB, vollständige Version auf <http://www.nrwspd.de/partei/gremium.asp?ID=1356> o. www.ulrikemerten.de)

Die Entwicklungsperspektiven der NATO aus französischer Sicht

Staatspräsident Sarkozy hat am 11. März mitgeteilt, dass Frankreich seinen Platz im Atlantischen Bündnis wieder voll und ganz einnehmen wird. Diese Entscheidung wird am 17. März dem Parlament zur Abstimmung vorgelegt und dürfte Anfang April beim NATO-Gipfel in Straßburg und Kehl gültig werden.

Viele fragen sich: Ist diese Ankündigung – 43 Jahre nachdem General de Gaulle beschlossen hat, die integrierte Struktur der NATO zu verlassen – eine historische Entscheidung? Ich möchte sagen: Ja und Nein.

Nein – wenn man das französische NATO-Engagement insbesondere seit Ende des Kalten Krieges betrachtet. Mit über 4.600 Soldaten, die derzeit unter NATO-Flagge Dienst tun, ist Frankreich einer der größten Truppensteller für NATO-Einsätze (hinzukommen noch die nationalen und europäischen Einsätze; macht zusammen rund 13.000 Soldaten). Wir sind auch einer der größten Beitragszahler. Und – was weniger bekannt ist – wir stellen bereits Offiziere und Stabsoffiziere für die NATO-Stäbe. Im Grunde genommen geht es jetzt darum, diese Tatsache festzuschreiben.

Und Ja – es ist trotz allem eine historische Entscheidung, wenn man betrachtet, wodurch sie möglich wurde und was sie möglich macht.

Dass diese Ankündigung möglich war, liegt an der grundlegenden Entwicklung der NATO und der internationalen politischen und strategischen Situation seit Ende des Kalten Krieges:

Als General de Gaulle beschloss, das integrierte Kommando zu verlassen, ging er von drei Feststellungen aus:



Foto: Verteidigungsausschussvorsitzende (Quelle: DBwV)

Erstens einem Ungleichgewicht zwischen den Bündnispartnern: Die Amerikaner, die alle wichtigen Posten innehatten, entschieden de facto alleine über die Politik des Bündnisses;

Juni 2009

zweitens vom fehlenden Verantwortungsgefühl der Europäer: Die Europäer sträubten sich regelrecht dagegen, sich um ihre eigene Verteidigung zu kümmern, nachdem sie unter dem amerikanischen Schirm Schutz gefunden und den Amerikanern die Verteidigungsführung quasi übertragen hatten;



Foto: franz. Botschafter (Quelle: DBuV)

und drittens von der Automatik der Gewaltanwendung: Das integrierte Kommando konnte quasi automatisch über die ihm zugewiesenen Truppen verfügen – ganz im Widerspruch zum Grundsatz der nationalen Souveränität. Verschärft wurde diese Situation noch durch den Ost-West-Konflikt, der eine sehr schnelle militärische Reaktion erfordert hätte, wobei es kaum Alternativen gab.

□ Die Jahre 1990 und 2000 waren geprägt durch einen tiefgreifenden Wandel der Allianz, die ja heute ganz anders aussieht als zu Zeiten General de Gaulles:

Heute ist das Bündnis viel ausgewogener: Die Amerikaner arbeiten mit den Europäern, die wiederum den historischen Beschluss gefasst haben, eine europäische Verteidigung aufzubauen.

Die ESVP existiert heute: in den europäischen Verträgen, in Brüssel mit Institutionen und vor Ort in den Einsätzen. Sie wird von den Amerikanern anerkannt (denken Sie an die Worte von Joe Biden in München). Die ESVP gibt den Europäern ein neues Gewicht innerhalb der Allianz (so haben Frankreich und Deutschland wiederholt die KFOR geführt; und das Europäische Korps stand 2004/2005 an der Spitze der ISAF).

Es ist heute ein Bündnis, in dem die Staaten ihre Verantwortung übernehmen: So wie es keine Abgaben ohne Gegenleistung gibt, so kann man sich auch nicht vorstellen, dass ein Land das Leben seiner Soldaten aufs Spiel setzt, ohne ein Wort mitzureden. Im NATO-Rat und vor Ort bei der Einsatzführung hat heute jeder seinen Anteil an der Entscheidung.

Und es ist ein Bündnis, in dem die Kräfte nicht automatisch eingesetzt werden, ohne das Wissen der politischen Organe: Die Krisen – die Beispiele auf dem Balkan und in Afghanistan zeigen das zur Genüge – erfordern heute eine politisch-militärische Behandlung; und die Einsätze erfolgen in einem breiter gefassten Rahmen, den die Staaten, die sich permanent abstimmen, festgelegt haben.

□ Ich möchte Ihnen jetzt sagen, was wir von der Erneuerung der Beziehung Frankreich/NATO erwarten.

Beim nächsten NATO-Gipfel in Straßburg und Kehl sollen die Arbeiten zum künftigen strategischen Konzept der NATO in Angriff genommen werden. Das wollen auf jeden Fall Nicolas Sarkozy und Angela Merkel, wie sie Anfang Februar in einem gemeinsamen Beitrag in der Süddeutschen Zeitung geschrieben haben. Frankreich will aktiv zu dieser Debatte beitragen, die mit allen Mitgliedstaaten ganz offen geführt werden muss, denn das Bündnis ist und bleibt der Prüfstein für unsere Sicherheit und ein unverzichtbares Instrument für die Verteidigung unserer gemeinsamen Interessen und Werte.

Zunächst einmal müssen die Fragen richtig gestellt werden und man darf keine falsche Debatte führen:

Dass die NATO als militärisches Bündnis auf der Verpflichtung zur gemeinsamen Verteidigung begründet ist, darf nicht in Frage gestellt werden:

Artikel 5 muss die Grundlage für unser Bündnis sein, und jeder muss klar sehen, was mit „Verpflichtung zur Solidarität“ gemeint ist. Gleichzeitig muss die NATO ihre militärischen Fähigkeiten ausbauen, damit sie da aktiv werden kann, wo die Sicherheit des Bündnisses auf dem Spiel steht.

Sicher darf man die neuen Herausforderungen (IT-Sicherheit, Energiesicherheit) nicht außer Acht lassen. Aber es wäre absurd zu vergessen, was – im Vergleich zu den anderen Organisationen, die sich mit Sicherheitsfragen beschäftigen – den Mehrwert des Bündnisses ausmacht, nämlich seine militärischen Fähigkeiten.

Auch ist es natürlich, dass die NATO mit den anderen Akteuren aus dem Bereich der internationalen Sicherheit kooperiert, sei es die UNO, die EU oder die regionalen Organisationen. Das ist ganz klar für Afghanistan, wo wirklich ein politischer Ansatz notwendig ist, damit alle Dimensionen berücksichtigt werden. Doch „arbeiten mit“ heißt nicht „arbeiten anstelle von“. Und es ist wichtig, dass die NATO mit den anderen arbeitet, ohne den Eindruck zu vermitteln, sie wolle sich als eine Art „globale NATO“ an deren Stelle setzen.



Foto: 5. Petersberger Gespräche (Quelle: DBuV)

Viele machen sich Gedanken darüber, wie sich unsere Beziehungen zu Russland entwickeln. Wenn es hier Gesprächsstoff gibt, dann darf man die Debatte nicht verfälschen, indem man so tut, als sei Moskau wieder zum Feind geworden, wie vor dem Fall der Berliner Mauer.

Juni 2009

Staatspräsident Sarkozy hat ganz klar in München gesagt, dass Russland nicht unser Feind ist, sondern dass wir in unserem Verhältnis zu Russland wieder Vertrauen herstellen müssen.

Wir müssen uns auf das konzentrieren, was den Daseinsgrund für das Bündnis ausmacht: nämlich das gemeinsame militärische Vorgehen im Dienste unserer Sicherheit. In einer Welt, in der die Gefahren so vielgestaltig sind, wäre es sinnlos, wenn wir uns unsere Reaktionen nur militärisch denken. Es ist vielmehr ganz wichtig, dass wir für unsere Sicherheitspolitik einen umfassenden Ansatz verfolgen, in dem die militärische und die zivile Dimension berücksichtigt wird. Doch „wer zuviel will, könnte scheitern“: Wenn wir nicht aus jedem Instrument das Beste herausholen, dann besteht die Gefahr, dass wir machtlos sind.

Deshalb müssen wir das beste militärische Instrument, das wir haben, optimieren, nämlich die NATO. Wir werden dies im Rahmen der Debatte über das strategische Konzept tun; es geht vor allem um zwei Punkte:



Foto: OTL Ulrich Kirsch, Vorsitzender des Deutschen Bundeswehrverbandes (Quelle: DBuV)

Erstens: Der Prozess über die Fähigkeiten muss wieder in Gang gebracht werden. Es ist von vitalem Interesse, dass die Europäer konkrete militärische Mittel zu den NATO-Einsätzen wie auch zu den EU-Einsätzen beisteuern können. Nun sind wir davon noch weit entfernt. Denken Sie nur daran, dass Europa allein im Bereich Forschung und Entwicklung sechsmal weniger ausgibt als die Vereinigten Staaten! Hinter der Forschung aber stecken die Fähigkeiten von morgen.

Und zweitens: Die Reform der Allianz, denn die Strukturen aus der Zeit des Kalten Krieges entsprechen nur unzureichend dem aktuellen Bedarf; und wir müssen aus der integrierten Struktur eine Einheit machen, die ganz darauf ausgerichtet ist, unsere Einsätze und die Modernisierung unserer Streitkräfte zu unterstützen. Heute sitzen 22.000 Beamte im Hauptquartier in Brüssel; dagegen stehen 66.000 Soldaten im Einsatz – ein Beamter für drei Soldaten! Genau hier muss die Rationalisierung anfangen.

Jetzt noch ein Wort zur europäischen Verteidigung. Denn in diesem Zusammenhang ist die Erneuerung der Beziehung Frankreichs zur NATO zu sehen. Mit 23 zivilen und militärischen Einsätzen haben die Europäer gezeigt,

dass die ESVP effizient und nützlich zugleich ist. Es ist unsere Aufgabe, die Stärkung der ESVP fortzusetzen, denn sie trägt zur Sicherheit aller Bündnispartner bei; zum Beispiel in Situationen, wo die amerikanischen Bündnispartner nicht intervenieren wollen oder nicht intervenieren können.

Ein wesentliches Element beim Ausbau der ESVP ist die Suche nach Synergien zwischen der europäischen Verteidigung und der transatlantischen Partnerschaft. Die europäische Verteidigung kann ihre Funktion nur ausüben, wenn sie Hand in Hand mit der NATO vorgeht und nicht gegen sie; wenn Frankreich, als Gründungsmitglied der NATO, darin seinen Platz voll und ganz wiederfindet. EU und NATO sind letztlich die beiden Seiten derselben Sicherheitspolitik.

Deshalb wollen wir an der Verbesserung der strategischen Partnerschaft EU/NATO arbeiten. Im künftigen strategischen Konzept der Allianz muss meiner Ansicht nach berücksichtigt werden, welche Bedeutung die ESVP hat und zugleich, wie wichtig eine effiziente Partnerschaft mit der NATO ist; sie ist schon deshalb unverzichtbar, weil 21 der 27 EU-Mitglieder auch Mitglieder der NATO sind.

Liebe Freunde, Deutschland und Frankreich – die in Kürze gemeinsam den NATO-Gipfel in Straßburg und Kehl organisieren – tragen für all diese Themen (Erneuerung der Atlantischen Allianz, Stärkung der europäischen Verteidigung) eine historische Verantwortung: Sie müssen dafür sorgen, dass es eine abgestimmte Sicherheitspolitik gibt. Die EU, die NATO und eine immer engere deutsch-französische Zusammenarbeit – „diese drei Dimensionen verstärken sich gegenseitig“, wie Angela Merkel und Nicolas Sarkozy in der Süddeutschen Zeitung geschrieben haben.

(Rede des französischen Botschafters Bernard de Montferrand)

Juni 2009

AUSWÄRTIGES

Grundlinien der Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik aus sozialdemokratischer Sicht

Dr. Rolf Mützenich MdB, abrüstungs- und nahostpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion



© Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Melde

Foto: Rolf Mützenich MdB (Quelle: Bundestag)

Rüstungskontrolle und Abrüstung – viele assoziieren diese Begriffe immer noch mit einer längst vergangenen Zeit, mit Gipfeltreffen der Supermächte in Wien und Reykjavik und der KSZE-Schlussakte von Helsinki. Es sind aber immer noch und seit neustem wieder ganz aktuelle Themen. Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung sind Kernpunkte sozialdemokratischer Außen- und Sicherheitspolitik. Während der Entspannungs- und Ostpolitik

waren sie Instrumente der Krisenbewältigung und Plattform für einen institutionalisierten Dialog zwischen unterschiedlichen politischen Systemen und Weltanschauungen.

Nach einem Jahrzehnt der Abrüstung, das 1987 mit dem INF-Vertrag begann und 1997 mit der Chemiewaffenkonvention endete, steigen die Militärausgaben seit 1998 wieder deutlich an. Laut SIPRI-Jahrbuch 2008 wurden im Jahr 2007 ca. 900 Milliarden Euro weltweit für militärische Zwecke ausgegeben – 3,5 Prozent mehr als 2005. In den letzten zehn Jahren sind die Rüstungsausgaben damit weltweit um 37 Prozent gestiegen. Die USA liegen dabei mit großem Abstand an der Spitze: Auf sie entfallen mit 396,2 Milliarden Euro, 42 Prozent der globalen Rüstungsausgaben. Auch beim internationalen Waffenhandel ist seit 2002 ein Anstieg um 50 Prozent zu verzeichnen.

20 Jahre nach Ende des Kalten Krieges lagern weltweit immer noch gut 32.000 nukleare Sprengköpfe. Die mehrfache Vernichtungskapazität der Menschheit hat sich seit 1989 also nur unwesentlich verringert. Dafür ist die Verbreitung (Proliferation) der Massenvernichtungswaffen brisanter geworden. Und in den Planungsstäben der Großmächte erlebt die Atombombe eine strategische Renaissance. Nahezu unbemerkt von der Weltöffentlichkeit befinden sich die führenden Militärmächte wieder längst in einem neuen atomaren Rüstungswettlauf, der dringend gestoppt werden muss. Zwar hat die Gefahr eines „nuklearen Weltkrieges“ abgenommen, gleichzeitig treten aber an die Stelle dieser klar zu bestimmenden Bedrohung bisher unbekannte Gefahren für die internationale Sicherheit: schwache und instabile Staaten, die mit Massenvernichtungswaffen ausgerüstet sind, oder nicht-

Juni 2009

staatliche Akteure, die immer mehr an Bedeutung gewinnen.

Nach dem Ende der Bush-Ära sind die USA und Russland nun offenbar wieder bereit zu kooperieren. Dies ist überfällig und angesichts der Probleme in der Welt nur vernünftig. Damit geht die jahrelange Eiszeit, die mit der Ankündigung des US-Raketenschildes in Osteuropa und dem Krieg um Südossetien zuletzt noch kälter geworden war hoffentlich ihrem Ende entgegen. Die neue US-Administration jedenfalls geht in Sachen internationaler Sicherheit und Abrüstung nun wieder auf Russland zu. Schon bei seinem ersten Treffen mit dem russischen Präsidenten Dmitrij Medwedjew in London bekräftigte Obama den Willen, binnen weniger Monate mit Moskau einen Nachfolgevertrag für den am 5. Dezember auslaufenden Vertrag zur Reduzierung strategischer Waffen (Start I) von 1991 zu erreichen. Mit diesem Vertrag wurde eine Begrenzung der Zahl der Atomwaffen auf jeweils 6000 Gefechtsköpfe auf 1600 strategischen Trägerwaffen vereinbart. Schon bis zu dem für Juli geplanten Besuch Obamas in Moskau sollen die Grundzüge des neuen bilateralen Vertrages feststehen: Beide Seiten sollen die Zahl der Gefechtsköpfe auf jeweils 1000 reduzieren.

Abrüstung und Rüstungskontrolle sind nach wie vor unabdingbar für die Gestaltung einer friedlichen Weltordnung bleiben. Wenn sie konsequent angewandt werden, können sie die Zusammenarbeit und das friedliche Zusammenleben stärken. Voraussetzung dafür ist und bleibt allerdings der politische Wille, an dem es in den vergangenen Jahren ganz offensichtlich gemangelt hat und der nun wieder vorhanden zu sein scheint.

Die Krise des atomaren Nichtverbreitungsregimes überwinden

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts werden Kernwaffen nicht mehr als letztes Mittel der Abschreckung gesehen, sondern zunehmend wieder als Kriegsführungswaffen. Mit der fortwährenden Modernisierung ihrer Arsenale stellen nicht nur die USA, sondern auch Russland, China, Frankreich und Großbritannien die Abrüstungsverpflichtung aus Art. VI des Atomwaffensperrvertrages (NPT) in Frage und rücken von dem durch die Überprüfungskonferenz 2000 im Konsens verabschiedeten 13 Punkte-Aktionsplan für nukleare Abrüstung ab. Trotz gegenteiliger Bekenntnisse im UN-

Sicherheitsrat sind immer weniger Kernwaffenstaaten bereit, Zusicherungen des Nichteinsatzes abzugeben und behalten sich weiterhin das Recht vor, diese auch präventiv einzusetzen. Statt dem im Atomwaffensperrvertrag festgehaltenen Ziel einer „nuklearwaffenfreien Welt“ droht eine „Renuklearisierung“ der Weltpolitik. Wir brauchen deshalb dringend neue Impulse bei der nuklearen Abrüstung. Ein Scheitern der NPT-Überprüfungskonferenz 2010 muss verhindert werden. Die 13 Punkte enthalten die notwendigen Maßnahmen für weitere Schritte im Bereich der nuklearen Abrüstung. Dazu gehören das rasche Inkrafttreten des Atomteststopp-Abkommens (CTBT), die Aufnahme von Verhandlungen über ein Verbot von spaltbarem Material für Waffen-zwecke (FMCT) sowie die Mahnung an die fünf offiziellen Atommächte ihre Abrüstungsverpflichtung umzusetzen. (Artikel VI des NPT) Das multilaterale Vertragssystem wird weiter erodieren, wenn bestimmte Staaten oder Staatengruppen Vertragspflichten und -rechte einseitig zu ihren Gunsten interpretieren. Nordkorea und Iran jedenfalls haben aus dem Irakkrieg die Lehre gezogen, dass es die beste Versicherung gegen eine US-Invasion ist, möglichst rasch selbst zur Atommacht aufzusteigen. Schnell könnten die Atomprogramme dieser beiden Problemländer eine verheerende Kettenreaktion auslösen. Japan und Südkorea werden kaum untätig zusehen und auch die sunnitischen Herrscher Saudi-Arabiens und Ägyptens dürften es kaum in Kauf nehmen, dass sich der schiitische Iran mit Atomraketen zur unangefochtenen Regionalmacht aufschwingt.

Für eine Null-Lösung bei den taktische Nuklearwaffen

Während man über den vermeintlichen Nutzen von strategischen Nuklearwaffen trefflich streiten kann, sind sich eigentlich alle Experten darüber einig, dass die taktischen Nuklearwaffen nach Ende des Ost-West-Konflikts keinerlei sicherheitspolitische Bedeutung mehr haben. Es geht dabei nicht nur um die wenigen Atomwaffen, die noch in Deutschland lagern, sondern um die taktischen Kernwaffen insgesamt. In zwei Artikeln hat u.a. Amerikas früherer Außenminister Henry Kissinger (*Wall Street Journal* vom 4.1.2007 und 15.1.2008) die Führer der Welt dazu aufgerufen, schnellstens alle taktischen Atomwaffen abzuschaffen, wenn sie keinen nuklearen Schlagab-

Juni 2009

tausch riskieren wollten. Die neue nukleare Ära drohe »prekärer, psychologisch verwirrender und wirtschaftlich sogar noch teurer« zu werden als der Kalte Krieg. Die Unterzeichner des Artikels sind vier Politiker, die über jeden Verdacht pazifistischer Blauäugigkeit erhaben sind. Neben Kissinger gehören William Perry, George Schultz und Sam Nunn zu den Unterzeichnern. Der Appell enthält acht konkrete Vorschläge. Sie reichen von einer parteiübergreifenden Initiative im Kongress zur Ratifizierung des umfassenden atomaren Teststoppvertrages (*Comprehensive Test Ban Treaty*, CTBT) bis zur weltweiten Kontrolle der Urananreicherung und zur globalen Beendigung der Herstellung von waffenfähigem spaltbarem Material. Die vier *Elder Statesmen* fordern darüber hinaus eine wesentliche Reduzierung der Nuklearwaffen, die vollständige Beseitigung aller atomaren Kurzstreckenraketen sowie die Ratifizierung des Teststoppabkommens.

Unterstützung erhielt die Initiative Anfang 2009 von den vier deutschen *Elder Statesmen* Helmut Schmidt, Richard von Weizsäcker, Egon Bahr und Hans-Dietrich Genscher. Auch sie betonen Kooperation als Grundprinzip der Sicherheit und fordern darüber hinaus die Wiederherstellung des ABM-Vertrages, die Ratifizierung des AKSE-Vertrages, den Verzicht auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen sowie eine ernsthafte Diskussion über eine neue europäische Sicherheitsarchitektur.

Kontrolle von Kleinwaffen und leichten Waffen verbessern, Streumunition verbieten

Hier sollten die vorhandenen Ansätze im Rahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und der Vereinten Nationen weiter verfolgt und intensiviert werden. Nach wie vor gilt: Kleinwaffen sind die wahren Massenvernichtungswaffen. In Afghanistan und in Zentralafrika sterben ungezählte Opfer an Geschossen aus alten, gebrauchten Kalaschnikows, Uzis oder G3-Gewehren. Nach Schätzungen werden jedes Jahr eine halbe Million Menschen durch Kleinwaffen getötet, davon 300.000 in bewaffneten Konflikten vor allem im Afrika südlich der Sahara und in Asien. Jedes Jahr werden mehrere Millionen Kleinwaffen produziert. Laut Jahresbericht des Schweizer Projekts „*Small Arms Survey*“ sind derzeit mindestens 875 Millionen Kleinwaffen, also Pistolen, Gewehre

und auch tragbare Panzerfäuste im Umlauf. Waffen, die nach der Auflösung der sowjetischen und anderen Armeen nach 1989 in Massen verschwunden sind. Auch hier scheitert eine wirksame (Export-)Kontrolle von Kleinwaffen bislang am Widerstand der Waffenlobby wichtiger Länder wie Russland, China und den USA.

Ein weiteres wichtiges Ziel bleibt die Umsetzung der in Oslo am 03.12.2008 von über 100 Staaten unterzeichneten völkerrechtlichen Ächtung von Streumunition. Auch hier haben zivilgesellschaftliche Organisationen maßgeblich zum Erfolg beigetragen.

Die Krise des KSE-Vertrages überwinden

Die jüngste Entwicklung zum KSE-Vertrag zeigt, dass die akute Gefahr besteht, dass ein weiteres ausgefeiltes Instrumentarium in Bereich der konventionellen Rüstungskontrolle ohne Not aufs Spiel gesetzt wird. Der 1990 geschlossene KSE-Vertrag zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt gehört zu den wichtigsten Vereinbarungen zur Rüstungskontrolle. Er begrenzt die Zahl der Waffensysteme vom Ural bis zum Atlantik und ermöglicht umfangreiche und regelmäßige gegenseitige Inspektionen. Hintergrund der russischen Aussetzung ist der Streit um die amerikanischen Raketenabwehrpläne und die ausstehende Ratifizierung des angepassten KSE-Vertrags (AKSE) von 1999 durch die NATO-Staaten. Der Westen macht dies bislang von einem Abzug russischer Truppen aus den früheren Sowjetrepubliken Moldawien und Georgien abhängig. Auch wenn man in Moskau betont, dass die Entbindung Russlands von seinen Vertragspflichten keine automatische Aufrüstung der russischen Streitkräfte an der Westgrenze bedeute, stürzt Russland das KSE-Regime damit in eine tiefe Krise. Es muss nun alles dafür getan werden, den angepassten KSE-Vertrag (AKSE) zu ratifizieren und das KSE-Regime zu retten. Dazu bedarf es der Bewegung auf allen Seiten und die Fortsetzung des von Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier in Bad Saarow begonnenen konstruktiven Dialogs, der im Juni 2009 fortgesetzt werden soll. Auch wenn der Georgienkrieg eine Lösung der festgefahrenen Situation deutlich erschwert hat, liegt es im Interesse Deutschlands und Europas, dass Russland wieder in das KSE-System eingebunden wird und der KSE-Vertrag als zentrales Element der Rüstungs-

Juni 2009

kontrollpolitischen Vertrauensbildung in Europa erhalten bleibt.

Resümee

Barack Obama hat mit seiner Prager Rede ein neues Kapitel aufgeschlagen. Wenn seine Vision von der atomwaffenfreien Welt Wirklichkeit werden sollte, dann ist die Menschheit endlich von der drückenden Last der drohenden eigenen Vernichtung befreit.

Dass dies nicht von heute auf morgen geschehen kann und dabei noch viele Widerstände aus dem Weg geräumt werden müssen, zeigen nicht nur die verhaltenen Reaktionen in Moskau und Peking. Auch Nordkoreas Raketentest verdeutlicht, wie weit Obamas Versprechen einer atomwaffenfreien Welt noch entfernt ist.

Die ersten praktischen Schritte müssen nun folgen: Ein START-II-Nachfolgeabkommen zur Reduzierung der strategischen Arsenale, die Ratifizierung des Atomteststoppvertrages durch die USA, ein Erfolg bei der Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages 2010, ein weltweites Verbot von Mittelstreckenraketen, die Rettung des KSE-Regimes und eine Nulllösung bei den taktischen Nuklearwaffen stehen konkret auf der Tagesordnung. Bis zu einer atomwaffenfreien Welt ist es noch ein weiter Weg. Dass der Präsident der Welt- und Atommacht USA ihn gehen möchte, gibt Anlass zur Hoffnung. Die Voraussetzung für nukleare Abrüstung und eine Wiederbelebung der Rüstungskontrolle sind jedenfalls so gut, wie schon lange nicht mehr.

VERTEIDIGUNG

Erhalt der Attraktivität des Dienstes in den Streitkräften- Sachstand und Perspektiven

Ulrike Merten MdB, Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Bundestag

Der Transformationsprozess und die konsequentere Ausrichtung auf die Einsätze stellt die Bundeswehr nicht nur vor organisatorische Herausforderungen, sondern hat auch weitreichende persönliche Konsequenzen für unsere Soldatinnen und Soldaten, für die zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und nicht zuletzt für deren Angehörige.

Die Anforderungen an alle Angehörige der Bundeswehr sind mit dieser Entwicklung beträchtlich gestiegen. Das personelle Eignungsprofil fordert die Beherrschung militärischer handwerkliche Fähigkeiten, eine hohe moralisch-ethische Integrität, geistige Flexibilität und lebenslanges Lernen. Sprachenkenntnis, interkulturelle Kompetenz, Innovationsfähigkeit, technisches Verständnis, soziale Kompetenz, Leistungs- und Einsatzbereitschaft, Kostenbewusstsein, psychische und physische Belastbarkeit sind dabei wichtige Forderungen an den Soldaten.

Der Geburtenrückgang seit Anfang der 90er Jahre wird sich ab 2010 deutlich auf das Bewerberaufkommen für einen Dienst in den Streitkräften niederschlagen. Deshalb sind schon heute erhebliche Anstrengungen



Foto: Ulrike Merten MdB (Quelle: Heracour)

und neue Konzepte erforderlich, um auch in der Zukunft ausreichend qualifizierten Nachwuchs für den Dienst in den Streitkräften zu gewinnen, bzw. zu halten.

Die Bundeswehr muss attraktiv bleiben für junge Menschen, die sie für einen Dienst in den Streitkräften gewinnen möchte, sie muss aber auch attraktiv für die besten Zeitsoldaten sein, damit sich die Qualifizierten langfristig als Berufssoldaten binden. Und sie muss deshalb attraktiv als Arbeitgeber bleiben, um alle die Spezialisten in optimaler Zahl zu halten, sei es als Berufssoldat oder als ziviler Mitarbeiter, die auch

Juni 2009

außerhalb der Bundeswehr gute Chancen mit ihren Fähigkeiten haben.

Attraktivität

Die Attraktivität für den Dienst in den Streitkräften wird von einer Vielzahl unterschiedlicher Faktoren bestimmt. Sie reichen von einer modernen und bedarfsgerechten Ausrüstung und einer guten Ausbildung über eine angemessene Bezahlung bis hin zu einer guten Betreuung der Soldaten und Ihrer Familien, ein positives Betriebsklima und nicht zuletzt eine zukunftsorientierten Ausstattung und Unterbringung in den Kasernen. Auch der gesellschaftlichen Anerkennung des Dienstes in der Bundeswehr fällt eine sehr große Bedeutung zu.

Auf einige dieser Faktoren möchte ich nun näher eingehen und dabei zunächst zwei Maßnahmen nennen, die Parlament und Regierung unter starker Beteiligung der Interessenverbände, insbesondere des Deutschen Bundeswehrverbandes, in den letzten Jahren zur Steigerung der Attraktivität eingeleitet haben.

Nachwuchsgewinnung

Nach dem Personalstrukturmodell benötigt die Bundeswehr jedes Jahr als Ersatz für die ausscheidenden Zeit- und Berufssoldaten ca. 20.000 Soldatinnen und Soldaten für den freiwilligen Dienst in den Streitkräften.

Mit dem Attraktivitätsprogramm Anfang des Jahrzehnts, mit der Neuordnung der Laufbahnen, mit der Anhebung der Eingangsbesoldung und den zahlreichen Angeboten der zivilberuflichen Aus- und Weiterbildung wurde ein wichtiger Eckpfeiler für die Gewinnung junger, bildungsorientierter und engagierter Männer und Frauen für den freiwilligen Dienst in der Bundeswehr geschaffen.

Die Möglichkeit, zu Beginn der Bundeswehrdienstzeit in rund 21 Monaten einen zivil anerkannten Berufsabschluss an einer zivilen Bildungseinrichtung zu absolvieren, ist weiterhin sehr attraktiv und wird von vielen jungen Menschen genutzt.

Insgesamt wurden im Jahr 2007 rund 11.000 Soldatinnen und Soldaten meist während der Dienstzeit zum Bürokaufmann/Bürokauffrau, zum Kraftfahrzeugmechatroniker/-in, zum Industrie-/Handwerksmeister/-in und in vielen anderen Berufen ausgebildet. Jährlich nehmen bis zu 15.000 Soldatinnen und Soldaten am Ende ihrer Dienstzeit an einer beruflichen Förderung teil und qualifizieren sich in einer Vielzahl von Berufen weiter.

Gesetzliche Maßnahmen zur Erhöhung der Attraktivität

Bei Auslandseinsätzen stellt die soziale und wirtschaftliche Absicherung der Soldatinnen und Soldaten sowie

ihrer Familien ein besonderes Problem der Fürsorge dar.

Mit dem Einsatzversorgungsgesetz haben sich seit 2002 die finanziellen Versorgungsansprüche der im Einsatz verletzten Soldatinnen und Soldaten erheblich verbessert.

Im Dezember 2007 ist das Einsatzweiterverwendungsgesetz in Kraft getreten, mit dem die berufliche Zukunft nach Einsatzunfällen geregelt wurde.

Seit 2001 können Frauen freiwilligen Dienst in allen Laufbahnen der Bundeswehr leisten. Heute leisten ca. 16.000 als Soldatin Dienst. Am 1. Januar 2005 trat das Gesetz zur Durchsetzung der Gleichstellung von Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in Kraft. Damit ist es auch für Soldatinnen und Soldaten möglich, (befristete) Teilzeitbeschäftigungen zu beantragen. Jedes Jahr machen mehrere hundert Soldatinnen und Soldaten davon Gebrauch.

Für die Sanierung & Modernisierung der westdeutschen Kasernen hat das Parlament 2008 ein Infrastruktursonderprogramm West mit 677 Millionen Euro verabschiedet.

Selbstverständlich haben wir als Parlamentarier alles zu tun, damit die Soldaten, die wir in den Einsatz schicken, die hierfür erforderliche bedrohungsgerechte, moderne Ausrüstung erhalten. Mir haben die verantwortlichen Kommandeure versichert, dass sie mit der Ausrüstung im Einsatz sehr zufrieden sind. Doch ich möchte nicht verschweigen, dass wir unverändert Ausrüstungslücken im Inland haben, die sich negativ auf die Ausbildung auswirken und die es schnellstmöglich zu decken gilt.

Von immenser Bedeutung ist, dass sich die Soldaten auf eine gute sanitätsdienstliche Versorgung im Einsatz verlassen können.

Wer die UKV-Zusage erhält, aber nicht umzieht, hat momentan hohe finanzielle Verluste, da er die Kosten für die Unterbringung, (ggf. auf dem freien Markt außerhalb der Kaserne) und die Fahrtkosten für Familienheimfahrten selber trägt. Trennungsgeldempfänger erhalten indes Entschädigungen. Auch wenn das BMVg für zeitlich begrenzte Verwendungen ein Wahlrecht zwischen UKV und Trennungsgeld auf dem Erlassweg sichergestellt hat, ist zu prüfen, ob nicht grundsätzlich die Wahl zwischen UKV oder Trennungsgeld für alle eingeführt wird.

Um leistungsfähige Männer und Frauen für den Dienst in der Bundeswehr zu gewinnen, gehört auch eine auskömmliche Besoldung.

In den letzten Jahren haben wir mit mehreren gesetzlichen Initiativen die Voraussetzungen für eine noch bessere Besoldung geschaffen. Dazu gehörten direkt die Anhebung der Eingangsbesoldung und indirekt die Bündelung von Dienstposten, angemessene Beförderungsfristen für alle Statusgruppen sowie die Zulagenerhöhung für Lufttransportkommandanten, Fach- und Rettungssärzte. Bei den Feldwebeln haben wir allerdings nach wie vor die Situation, dass viele Soldaten zwar die Voraussetzungen für weitere Beförderungen erfüllen oder befördert wurden, aber

Juni 2009

nicht ausreichend Planstellen für sie zur Verfügung stehen. **Das kann nicht so bleiben.**

Mit spürbar erhöhten Dienst- und Versorgungsbezügen 2008 und 2009 ist ein wichtiger Beitrag zur Attraktivität geleistet worden.

Mit der Abschaffung der „Ost-Besoldung“ ist der notwendige Schritt der Angleichung im Bereich der Streitkräfte gelungen.

Als besonderen Erfolg unserer parlamentarischen Arbeit sehe ich an, dass wir nach vielen Jahren erstmals wieder eine Wehrsolderhöhung von 2 Euro pro Tag durchsetzen konnten.

Als weiteren Erfolg bewerte ich das Mitte November (2008) verabschiedete Dienstrechtsneuordnungsgesetz. Auch innerhalb dieser Gesetzesnovelle konnten deutliche Verbesserungen für die Soldaten erreicht werden. (u. a. die Erhöhung des Auslandsverwendungszuschlages, attraktive Prämienregelung für Spezialkräfte der Bundeswehr). Dennoch sehe ich gerade bei letzterem Nachsteuerungsbedarf. Maßnahmen die häufig gut gemeint sind, helfen einem Teil der Betroffenen und schaffen dem anderen gleichzeitig neue Probleme und Ungerechtigkeiten.

Handlungsbedarf

Die Bundeswehr verzeichnete im letzten Jahr in allen Laufbahnen insgesamt rund 39.000 junge Frauen und Männer, die sich als Soldatin bzw. Soldat auf Zeit bewarben. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies einen Rückgang von ca. 9 %.

Auch in der Offizierlaufbahn sind die Bewerberzahlen mit ca. 16 % rückläufig. Doch da sich für die ca. 2.000 Einstellungsmöglichkeiten fast 10.000 junge Frauen und Männer beworben haben, konnte auch hier der Bedarf der Streitkräfte sowohl quantitativ als auch qualitativ wieder umfassend gedeckt werden.

Die bereits seit einigen Jahren vorhandene Tendenz rückläufiger Bewerbungseingänge hat sich somit auch in 2008 fortgesetzt und ist ein deutliches Signal eines sich verstärkenden Wettbewerbs am Arbeitsmarkt um die klugen Köpfe und geschicktesten Hände.

Auch wenn der jährliche Regenerationsbedarf von ca. 20.000 Soldatinnen und Soldaten im Jahr 2008 erfolgreich gedeckt werden konnte, nähern sich die Bewerbungsumfänge einer Größenordnung, die eine qualitativ angemessene Bedarfsdeckung kritisch werden lassen.

Die Bundeswehr hat in der Vergangenheit durch eine Vielzahl unterschiedlicher Maßnahmen sichergestellt, dass die Bundeswehr ein attraktiver Arbeitsplatz ist und bleibt. Doch wir müssen den Blick noch stärker nach vorne richten und prüfen: Gibt es weiteren Handlungsbedarf? Sind wir für die Zukunft gut aufgestellt?

Dafür benötigen wir ein Gesamtkonzept, um die Attraktivität der Bundeswehr auch langfristig zu gewährleisten.

In einem solchen Konzept sind nach meiner Auffassung u. a. folgende Elemente zu berücksichtigen:

- Das von der Bundeswehr praktizierte System des **Berufsförderungsdienstes und der ZAW** hat sich bewährt, trägt erheblich **zur Attraktivität des Dienstes** für die Zeitsoldaten bei und muss ggf. angesichts der Herausforderungen des demographischen Wandels weiterentwickelt werden.
- Wir müssen nach Wegen suchen, den jährlichen Personalgänzungsbedarf von ca. 20.000 jungen Soldatinnen und Soldaten zu reduzieren. Möglichkeiten, um dieses zu erreichen, sind ein höherer Anteil an Berufssoldaten bzw. eine verlängerte Verpflichtungszeit für Zeitsoldaten. Zu prüfen ist aber auch, ob künftig schon Mannschaftsdienstgrade die Möglichkeit erhalten sollten, sich bis zu 12 Jahre als Zeitsoldat zu verpflichten und sich zum Ende der Dienstzeit beruflich weiter zu qualifizieren.
- Wir müssen weitere finanzielle Spielräume schaffen, um den Beförderungsstau bei den Feldwebeln aufzulösen.
- Vor dem Hintergrund des 2005 erlassenen Alterseinkünftegesetzes ist es erforderlich, die betriebliche Altersversorgung für die ca. 130.000 Zeitsoldaten einzuführen.
- Geplant ist, den Personalnachwuchs langfristig zentral zu steuern. Doch die Truppe braucht Flexibilität, um geeigneten Nachwuchs wieder vor Ort für die Einheiten gewinnen und fördern zu können.
- Um Spezialisten langfristig zu binden, sollte man Anreize durch noch weitere Zulagen schaffen.
- Wir haben erkannt, dass wir die Soldaten- und Familienbetreuung nicht nur im Einsatz intensivieren müssen.
- Wenn wir planen, dass ca. 15 % der Zeit- und Berufssoldaten künftig Frauen sein sollen, und wir wissen, dass 75 % der Frauen den Wunsch nach einem Kind haben, müssen wir noch mehr für die Vereinbarkeit von Familie und Dienst tun. Dazu gehört u. a., dass die Bundeswehr trotz der Länderkompetenz auch eigene Anstrengungen für eine standortnahe Versorgung mit Kitas und Kigas unternimmt.
- Wir brauchen personelle Reserven und Flexibilität, um bei Teilzeitbeschäftigungen und Elternteilzeit sicherzustellen, dass die notwendigen Arbeiten in den Dienststellen geleistet werden können. Es wäre daher zu prüfen, ob hierfür z. B. V. Stellen geschaffen oder Reservisten langfristig für Wehrübungen gewonnen werden können. Dieses ist aufgrund des hohen Frauenanteils besonders wichtig für den Sanitätsdienst.
- Dringlich bleibt der Bau von Pendlerappartments, um

Juni 2009

der großen Zahl von Soldatinnen und Soldaten, die nicht mehr an den neuen Standort umziehen, eine angemessene Unterkunft zu bieten.

- Wichtig ist aber auch eine eingehaltene angemessene Ruhezeit zwischen den Einsätzen.
- Selbstverständlich müssen wir den Beschäftigten im zivilen Bereich der Bundeswehr mit klaren Strukturen und Stellenplänen **Verlässlichkeit und Planbarkeit** bieten. Um hier den Mangel an Ingenieuren zu beheben, hat das BMVg in den letzten Monaten bereits wichtige Entscheidungen getroffen.

Meinungsbefragungen bestätigen, die Bevölkerung hat eine sehr positive Grundeinstellung zur Bundeswehr. Bei der Frage nach dem Vertrauen in die öffentlichen Einrichtungen und Organisationen nimmt die Bundeswehr einen Spitzenplatz ein (SOWI-Befragung 2008). Gleichwohl wird der Einsatz in Afghanistan von einem großen Teil der Bevölkerung abgelehnt. Hier ist nicht nur die Politik, sondern sind alle gesellschaftlichen Gruppen gefordert, Notwendigkeit und Zielsetzung dieser Einsätze noch besser zu erklären.

Schlussbemerkung

Die Bundeswehr muss sich um die Besten bemühen. Sie tut bereits sehr viel dafür. Trotzdem werden hier in Zukunft noch größere Anstrengungen vonnöten sein. Wir brauchen ein Gesamtkonzept, um die Attraktivität der Bundeswehr nachhaltig und langfristig zu steigern. In diesem Konzept sind Wege aufzuzeigen, wie die drängenden Probleme, z. B. im Sanitätsbereich, strukturell verändert werden können. Gleichzeitig dürfen wir den Handlungsbedarf bei unseren zivilen Mitarbeitern nicht vernachlässigen.

Deshalb haben wir die Regierung aufgefordert, ein schlüssiges und umfassendes Konzept zur Attraktivitätssteigerung des Dienstes in den Streitkräften vorzulegen.

Jeder weiß: Die Umsetzung eines Attraktivitätssteigerungsprogramms erfordert erhebliche finanzielle Ressourcen und bindet Mittel, die wir dringend auch für Investitionen in die Ausrüstung benötigen. Das entbindet uns aber nicht von der Entwicklung eines Konzeptes, welches nach Setzung der Prioritäten schrittweise umgesetzt wird.

INNERE SICHERHEIT

Die Aufgaben des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe

Christoph Unger, Präsident des BBK

Rund 10 Millionen Seiten (!) aus wichtigen Dokumenten des Kölner Stadtarchivs konnten trotz des verheerenden Unglücks am 3. März der Nachwelt inhaltlich erhalten bleiben, weil der Bund eine Maßnahme aus der Zeit des Kalten Krieges unter den Bedingungen eines modernen Bevölkerungsschutzes fortsetzt: Im Rahmen seiner Aufgabenerfüllung beim Kulturgutschutz gemäß der Haager Konvention lagert das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) die wichtigsten Dokumente aus Archiven (mikro-)verfilmt und für Jahrhunderte sicher im „Barbarastollen“, einem ehemaligen Erzbergwerk im Schwarzwald, ein. Zu der fast eine Milliarde Aufnahmen gehören auch wichtige Bestandteile des Kölner Archivmaterials. Bereits nach dem Brand der Anna-Amalia-Bibliothek in Weimar ist der Beschluss gefasst worden, auch Bibliotheksgut, gegebenenfalls in Farbe, in dieser Form zu sichern. Ein moderner Bevölkerungsschutz ist also nicht nur Schutz vor Krieg und



Foto: www.bbk-bund.de

dessen Folgen, sondern umfasst den Schutz vor und bei Naturkatastrophen oder von Menschen verursachten Schadensfällen. Damit werden (verfassungs-)rechtliche Zuständigkeiten zu Gunsten eines gesamtstaatlichen Ansatzes optimiert. Dessen politische Wurzeln liegen in der „Neuen Strategie für den Bevölkerungsschutz in Deutschland“ aus dem Jahr 2002, die auf den Erfahrungen aus den Anschlägen des 11. Septembers 2001 und des Elbehochwassers beruht. Der

Juni 2009

damals bereits angestoßene rechtliche Diskussionsprozess zwischen Bund und Ländern fand mit der Zustimmung des Bundesrates zum Zivilschutzänderungsgesetz am 6. März 2009 seinen (vorläufigen) Abschluss. Mit diesem Gesetz, das am 1. April in Kraft getreten ist, wurden die Kompetenzen des Bundes bei der Unterstützung der Länder im Katastrophenfall präzisiert. Dazu gehört auch die Befugnis zur Koordinierung von Hilfsmaßnahmen auf Ersuchen des betroffenen Landes bzw. der betroffenen Länder. Zur Erfüllung dieser Aufgaben, insbesondere im Bereich der Informations- und Ressourcensteuerung, hatte der Bund bereits im Jahr 2004 das BBK auf den noch vorhandenen „Grundmauern“ des ehemaligen Bundesamtes für Zivilschutz, das vier Jahre zuvor der sog. „Friedensdividende“ zum Opfer gefallen war, errichtet.

Was unterscheidet den „alten“ Zivilschutzbegriff von dem des „neuen“ Bevölkerungsschutzes? Nach der vom BBK zugrunde gelegten Definition beinhaltet der Bevölkerungsschutz „die Summe der zivilen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung und ihrer Lebensgrundlagen vor den Auswirkungen von Kriegen, bewaffneten Konflikten, Katastrophen und anderen schweren Notlagen sowie solcher zur Begrenzung und Bewältigung der genannten Ereignisse“.



Foto: C. Unger (Quelle: www.bbk.de)

Bevölkerungsschutz umfasst Katastrophenschutz, Zivilschutz und Katastrophenhilfe. Die Wahrnehmung der Aufgaben erfolgt dabei in der jeweiligen verfassungsmäßigen Zuständigkeit, für den

Katastrophenschutz durch die Länder sowie Zivilschutz und Katastrophenhilfe durch den Bund.

Weiteres wichtiges Kennzeichen des Bevölkerungsschutzes ist heute dessen internationale Verflechtung. In einer globalisierten Welt, geprägt auch vom Klimawandel und internationalem Terrorismus, kann die Bewältigung von Katastrophen nicht allein nationalstaatliche Aufgabe sein. Deshalb werden beispielsweise das BBK und das im Auslandseinsatz erfahrene THW in Kürze die Fortbildung chinesischer Führungskräfte im Bevölkerungsschutz übernehmen. Auf der europäischen Ebene findet eine immer stärker werdende Zusammenarbeit statt, etwa im Rahmen des „EU-Gemeinschaftsverfahrens“, das der Unterstützung von Mitgliedsstaaten untereinander und Dritter dient. Auch die grenzüberschreitende Kooperation mit den Nachbarstaaten wird stetig intensiviert. So erfolgt etwa bei Großschadensereignissen am Oberrhein ein unmittelbarer Informationsaustausch („online“) zwischen der „Nationalen Alarmzentrale“ (NAZ) der Schweiz und dem „Gemeinsamen Melde- und Lagezentrum“ (GMLZ) des BBK.

Das nationale deutsche System des Bevölkerungsschutzes ist sehr komplex: So gibt es verfassungsrechtliche Zuständigkeitszuweisungen an den Bund (Zivilschutz) und 16 Länder (Katastrophenschutz). Weit mehr als 400 Landkreise und kreisfreie Städte sind die (unteren) Katastrophenschutzbehörden. Kommunale Feuerwehren und private Hilfsorganisationen stellen die Einsatzkräfte. Bundeswehr, Bundespolizei und THW leisten im Bereich der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr auf Anforderung und gegen Kostenerstattung Amtshilfe. Getragen wird dieses System neben den Berufsfeuerwehren maßgeblich von ca. 1,8 Millionen Ehrenamtlichen in den Feuerwehren, den Hilfsorganisationen und dem THW. Hinzu kommt, dass 70 bis 80 % der „Kritischen Infrastrukturen“ (z. B. Strom-, Lebensmittel- und Gesundheitsversorgung, Kommunikation) in privater Hand liegen. Der Staat ist allein nicht mehr in der Lage, die Daseinsvorsorge in Krisenzeiten zu gewährleisten.

Dieses Gesamtsystem des Bevölkerungsschutzes funktioniert grundsätzlich gut. In kaum einem Land sind Feuerwehren oder Rettungsdienste so schnell am Einsatzort wie in Deutschland. Regelmäßig stellen die zuständigen Behörden und die Einsatzkräfte unter Beweis, dass Großschadenslagen oder Katastrophen bewältigt werden können. Aber ein solches System stößt auch an seine Grenzen, darf nicht vernachlässigt sondern muss stetig fortentwickelt werden, wie das Elbehochwasser im Jahr 2002 gezeigt hat. An den damals identifizierten Defiziten wurde gearbeitet,

Juni 2009

es muss aber auch weiterhin daran gearbeitet werden: Die Etablierung eines verbesserten Krisenmanagementsystems, mehr und bessere Aus- und Fortbildung, Übungen wie die Übungsserie LÜKEX oder eine verbesserte Ausstattung sind Belege für erfolgreich erreichte Zwischenziele. Der Bund hat durch die Errichtung des BBK mit den dort vorhandenen Instrumenten des Krisenmanagements gezeigt, dass er in der Katastrophenhilfe für die Länder mehr Verantwortung übernehmen will. Das BBK ist die Zentralstelle des nationalen Bevölkerungsschutzes, mit besonderen Kompetenzen im Bereich der konzeptionellen Arbeit, der Forschung und Entwicklung, der Ausbildung, der Beratung und Unterstützung. Gleichzeitig wird die Behörde im Ereignisfall aber auch mit ihren operativen Instrumenten wie dem GMLZ, mit dem „Deutschen Notfall-Informationssystem“ (deNIS II plus) oder der „Koordinierungsstelle Nachsorge Opfer und Angehörigenhilfe“ (NOAH) tätig. Das BBK ist nach eigenem Selbstverständnis eine „ereignisorientierte Behörde“, die ihre Aufbau- und Ablauforganisation kurzfristig einer Lage anpassen kann.

Angesichts neuer Bedrohungen und einer wachsenden Anzahl und Intensität von Naturkatastrophen, die durch den Klimawandel möglicherweise weiter zunehmen werden – an der Prüfung dieser Frage arbeitet zur Zeit eine „Strategische Allianz“ von BBK, THW, Umweltbundesamt (UBA) und der Deutsche Wetterdienst (DWD) gemeinsam – , sind aber weitere und nachhaltige Anstrengungen zur Gewährleistung des Schutzes der Menschen zwingend geboten.

Entscheidend ist, dass der Bevölkerungsschutz selbst in Zeiten, in denen kein großes Schadensereignis eintritt, als „Daueraufgabe“ begriffen wird. Auf die unerwartet eintretende Katastrophe können die zuständigen Behörden und Einsatzkräfte nur durch eine stetige und nachhaltige Ausbildung und Übungen vorbereitet werden. Dabei muss ein ganzheitlicher Ansatz verfolgt werden, der alle Akteure der staatlichen Sicherheitsvorsorge frühzeitig einbezieht. Dazu gehört im Bevölkerungsschutz auch die Bundeswehr. Seit dem Hochwasser des Jahres 1962 in Hamburg, gab es wohl keine Katastrophe oder ein anderes Großschadensereignis, bei dem die Bundeswehr nicht zur Unterstützung herangezogen wurde. Diese Hilfe erfolgt subsidiär im Rahmen der durch Artikel 35 des Grundgesetzes möglichen Amtshilfe immer dann, wenn die zivile Seite eine Lage mit ihren eigenen Kräften und Ressourcen nicht mehr bewältigen kann. Die Bundeswehr wird sicherlich auch in Zukunft ihren Beitrag zum Schutz der Menschen in Deutschland leisten. Die Reduzierung der Kräfte und die damit verbundene Auflösung von Standorten, der „Rückzug aus der

Fläche“, sowie die Auslandseinsätze der Armee haben deutlich gemacht, dass diese Kräfte und Ressourcen in einem plötzlich eintretenden Ereignisfall trotz der neuen „ZMZ-Stützpunkte“ nur begrenzt und sicherlich nicht zeitnah zur Verfügung stehen können werden: Bei der Dislozierung der (aktiven) ABC-Abwehrtruppe auf zwei Standorte und eine Schule sowie zwei ZMZ-Stützpunkte zur ABC-Abwehr können die dort vorhandenen Kräfte etwa bei einer Freisetzung von toxischen chemischen Substanzen nicht innerhalb der gebotenen kurzen Zeitspanne zur Dekontamination am Schadensort sein. Das erfordert zwingend, dass der (zivile) Bevölkerungsschutz sich auf diese Lage einstellt und sich nicht auf die Hilfe der Bundeswehr verlässt. Vor diesem Hintergrund stattet der Bund über das BBK alle Landkreise und kreisfreien Städte mit entsprechenden Fahrzeugen und der notwendigen Ausstattung zur Analytik und Dekontamination aus. Die zivile Seite muss darüber hinaus alle Anstrengungen unternehmen, durch Ausbildung der Führungsstäbe und -kräfte die Fähigkeiten zum und im Krisenmanagement zu verbessern. Der rechtlich und politisch verantwortliche „Hauptverwaltungsbeamte“, also der Landrat oder Oberbürgermeister, müssen ihrer Führungsrolle auch in einer Krisen- und Katastrophenlage gerecht werden. Dazu gehört auch, dass sie führen können!

Erforderlich für ein erfolgreiches Krisenmanagement ist weiterhin die Einbeziehung und die intensive Zusammenarbeit mit der Bundeswehr und der dort im Aufbau befindlichen Strukturen der „Zivil-Militärischen Zusammenarbeit“ (ZMZ). Zu jedem Landkreis, zu jeder kreisfreien Stadt, zu den Mittelbehörden und Landesregierungen stellt die Bundeswehr über entsprechende Kommandos Verbindung her. Diese erhalten durch das BBK an der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) eine Ausbildung für die ZMZ im Bevölkerungsschutz. Die ersten Erfahrungen mit diesen Verbindungskommandos sind gut. Beide Seiten müssen aber diese auf dem Engagement von Reservisten beruhende Verbindung besonders pflegen. Dazu gehört etwa die gezielte Einbeziehung der Kommandos in die Ausbildung der Katastrophenschutzstäbe oder die Entsendung von zivilen Fachleuten des Bevölkerungsschutzes für die Ausbildung dieser Reservisten in den ZMZ-Seminaren an der AKNZ. Dann wird dieses Modell auch Erfolg haben.

Während des „Kalten Krieges“ beinhaltete die „ZMZ“ letztlich den Auftrag an die zivile Seite, der Bundeswehr bei der Erfüllung ihres Auftrags zur Landesverteidigung die notwendige Unterstützung zu gewähren. Die Richtung dieser ehemaligen Einbahnstraße hat sich vollkommen gedreht. Heute versteht man unter „ZMZ“ die Unterstüt-

Juni 2009

zung der zivilen Seite bei Schadensereignissen durch die Armee. Vorbereitungen für die Zivilverteidigung werden demgegenüber nicht mehr getroffen, Planungen für den Fall der Landesverteidigung gibt es nicht. Ansätze für eine „Rekonstruktion“ sind nicht vorhanden.

Aus dieser Einbahnstraße sollte eine mehrspurige Schnellstraße werden. Auch die Bundeswehr vom zivilen Bevölkerungsschutz profitieren: Auch die Bundeswehr greift zunehmend auf (private) kritische Infrastrukturen (BW-Fuhrparkservice, Logistik) zurück. Ist die Armee auf einen möglichen Ausfall vorbereitet? Wie sehen die Planungen für die Funktionsfähigkeit während einer Pandemie aus? Ein weiteres Kooperationsfeld könnte sich durch die psychische Belastung der Soldaten im Einsatz ergeben. Können nicht die langjährigen Erfahrungen und vorhandenen Forschungsergebnisse aus der psycho-sozialen Notfallversorgung für Einsatzkräfte von Feuerwehren auf traumatisierte Soldaten und Soldatinnen übertragen werden?

Deutschland besitzt ein leistungsfähiges System des Bevölkerungsschutzes, in dem viele Akteure

wichtige Aufgaben übernehmen, auch und gerade die Bundeswehr. Durch besseres Wissen über die jeweiligen Fähigkeiten, durch bessere gegenseitige Information, durch eine verstärkte Kooperation bereits in der Ausbildung wird es gelingen, dieses System auch auf künftige Herausforderungen auszurichten. Das Bundesinnenministerium, das THW und das BBK haben in einer „Strategie für einen modernen Bevölkerungsschutz“ gemeinsam diese Herausforderungen identifiziert, die Defizite offen gelegt und Handlungsfelder künftiger Tätigkeiten festgelegt: Die (weitere) Verbesserung des nationalen gesamtstaatlichen Krisenmanagements, die Stärkung des internationalen Bevölkerungsschutzsystems, die Warnung und Information der Bevölkerung, der medizinische Bevölkerungsschutz, die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung und die Intensivierung der Nutzung technischer Mittel für Führung und Ausbildung im Bevölkerungsschutz sind Themen, die im Rahmen eines ganzheitlichen und kooperativen Ansatzes zu bearbeiten sind. Es gibt noch viel zu tun.

Juni 2009

Termine

Nordrhein-Westfalen

23.06.2008

Fraktion vor Ort-Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion

Thema: **Förderung der der wehr- & sicherheitstechnischen Forschung – Ein Beitrag für unsere Sicherheit**

- **Ulrike Merten, MdB**, Vorsitzendes des Verteidigungsausschusses
- **Sabine Groth**, Justiziarin & Referatsleiterin für Sicherheitsforschung im Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung & Technologie NRW
- **Ulrich Kelber MdB**, stellv. Fraktionsvorsitzender

Ort: Wachtberg-Villip, Hotel Görres

Wer Interesse an dieser Veranstaltung hat, melde sich bitte im Bürgerbüro Rheinbach von Ulrike Merten MdB, Tel. 022 26 / 90 76 53, E-Mail: ulrike.merten@wk.bundestag.de

27.08.2009

Informationsveranstaltung Peter Struck und Ulrike Merten MdB im Rhein-Sieg-Kreis

- Details später

28.10.2009

Friedrich-Ebert-Stiftung, 17:30 Uhr, sicherheitspolitisches Forum NRW

- Termin und Referenten werden zeitgerecht bekannt gegeben

21.11 .2009

Informationsveranstaltung des AK Sicherheitspolitik und Bundeswehr NRW in Köln

- Programm wird zeitgerecht bekannt gegeben

mehr Informationen zum Arbeitskreis Bundeswehr in der NRW-SPD unter

<http://www.nrwspd.de/partei/gremium.asp?ID=1356>